

# Partizipation, die

[Par|tizip|a|tion]

finden.» Als Erstes arbeitete sie in der Stiftung Netzwerk in Uster, einer Non-Profit-Organisation unter anderem für begleitetes Wohnen für junge Menschen zwischen 16 und 22 Jahren. Wer eine Wohnung haben wollte, musste eine Tagesstruktur nachweisen. Wer diese verlor, musste ausziehen. «Das war hart. Ich merkte, dass mir der stationäre Jugendbereich zu nah am eigenen Alltag war», erzählt sie. «Welche Nähe hält man aus und welche nicht: Auch das lernt man im Praktikum.»

Das zweite Praktikum erfolgte 2015 bei ihrem heutigen Arbeitgeber, der KESB Dübendorf. Diese Behörde gab es damals erst seit zwei Jahren. «Zuerst hatte ich Vorbehalte, weil es ein Zwangskontext ist. Aber die Aufgaben sind eben auch sehr menschlich, und man muss sie menschlich angehen», betont Leu. Bei der KESB arbeitet sie nun schon seit sechseinhalb Jahren, inzwischen als Fachmitarbeiterin und Ersatzbehördenmitglied.

## Privatsphäre und Schutzpflicht

Im vergangenen Sommer schloss die gebürtige Burgdorferin ihr Masterstudium an der ZHAW ab: «Es ermöglichte mir die nötige fachliche Vertiefung. Und es hilft für das <Standing> am Arbeitsplatz neben Juristinnen und Psychologen.» Lea-Maria Leu beschäftigt sich überwiegend mit Erwachsenenschutz. Zu diesem Fachbereich hat sie ihre Abschlussarbeiten geschrieben. Beim Bachelor ging es um den Entscheidungsfindungsprozess, beim Master um Selbstbestimmung. Am juristischen Kontext ihres Berufs schätzt sie, dass sie viele Fragen analytisch angehen kann, vom Eingang einer Gefährdungsmeldung bis zur Empfehlung für einen Entscheid. Trotz aller rationalen Abstraktion in der Fachabklärung ist sie überzeugt: «Es ist enorm wichtig, die betroffenen Menschen im ganzen Prozess mitzunehmen, auch wenn dazu mehrere Gespräche nötig sind.»

Die verbreiteten Vorbehalte gegenüber ihrer Arbeit kennt sie: «Manche glauben, es sei ein undankbarer Job. Aber gerade im Erwachsenenschutz sind viele Menschen froh um Unterstützung.» Und was antwortet sie jeweils auf den Vorwurf, die KESB unterlaufe die familiäre Privatsphäre? «Leider geschehen die meisten Missbrauchsfälle innerhalb der Familie. Da muss man eingreifen können – zum Schutz der Betroffenen.» Wenn sich Menschen von ihr abgeholt fühlen, sieht sie sich in ihrer Tätigkeit bestätigt. «Ich will ihnen nicht sagen, wie sie leben sollen, sondern sie dabei unterstützen, wie sie leben wollen.» ✕

→ **Masterstudium:**  
zhaw.ch/sozialearbeit/master

«Da müssen wir immer machen, was wir wollen»: So berichtete mir der Kindermund einmal leicht verärgert-gelangweilt von Erlebnissen aus einem Projekt zur Partizipationsförderung in Kitas. Und traf damit bei mir einen Nerv. Der Begriff Partizipation hat in den letzten 20 Jahren im Jargon der Sozialen Arbeit massiv an Konjunktur gewonnen. Keine Angebotskonzeption, kein Förderantrag und kein Schlussbericht kommen mehr ohne den Verweis auf die (vermeintliche) Partizipation der Adressatinnen und Adressaten aus. Die inflationäre Verwendung des Begriffs weckt allerdings meine Skepsis. Was meint Partizipation eigentlich? Und, noch viel wichtiger: Lösen wir als Fachpersonen der Sozialen Arbeit den damit verbundenen Anspruch tatsächlich ein?

Das Wort Partizipation leitet sich vom lateinischen *partem capere ab*, was mit *den* (oder *einen*) Teil *ergreifen/sich nehmen* oder *erhalten/bekommen* übersetzt werden kann. Damit einher gehen also immer auch eine aktive und eine passive Konnotation. Menschen werden passiv beteiligt, nehmen aktiv an etwas teil, sie haben Teil oder nehmen sich ihren Teil. Noch mehr Brisanz steckt in der Verbform von Partizipation: «Partizipieren» beschreibt der Duden als «von etwas, was ein anderer hat, etwas abbekommen». Es geht also neben dem Teilen von Entscheidungsgewalt immer auch um das Teilen von sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen.

Partizipation meint demnach viel mehr als das blosses Abholen von Meinungen oder Ideen. Aus der Forschung wissen wir zudem, dass sich dabei oft diejenigen durchsetzen, die ohnehin schon über mehr Kompetenzen, Zeit und Beziehungen verfügen als andere. So gesehen kann falsch verstandene Partizipation auch zu Exklusion führen. Nimmt man vor diesem Hintergrund den Partizipationsbegriff ernst, ist damit ein besonderer Anspruch verbunden. Der Erziehungswissenschaftler Hans Thiersch schrieb: «Mitbestimmung ist ein konstitutives Moment Sozialer Arbeit; sie allein reicht aber nicht, solange sie nicht einhergeht mit der Institutionalisierung von Einspruchs- und Beschwerderechten, wie sie dem Status des Bürgers in einer Demokratie entsprechen.» Anders gesagt: Es geht darum, jenen Menschen, die es mit der Sozialen Arbeit zu tun bekommen, die Entscheidungsgewalt über ihren Alltag zurückzugeben – auch dann, wenn wir mit diesen Entscheidungen nicht einverstanden sind.

Von MARTIN BIEBRICHER  
Der ZHAW-Dozent ist Co-Leiter des  
Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit.

